

Danziger Zeitung

M 18247.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interessenten können für die sieben gesetzten gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. April. (Privattelegramm.) Nach dem „Verl. Tageblatt“ steht ein Wechsel in den höheren Verwaltungsstellen, namentlich in einer Anzahl von Regierungspräsidien bevor.

Troppau, 18. April. (W. T.) Ostrauer Arbeiter überfielen gestern Abend die Zuckersfabrik in Großkunzendorf und die Cellulosefabrik in Ratimau und erzwangen die Einstellung des Betriebes. Zwei Bataillone Infanterie aus Krakau wurden requiriert. Die in Barnbeck und Michalkowitz wieder aufgenommene Arbeit ist abermals eingestellt worden. Bei den gestrigen Ausschreitungen kamen mehrere Verwundungen vor; die Rädelsführer sind verhaftet.

Wien, 18. April. (Privattelegramm.) Der Strike im Ostrauer Revier hat eine kolossale Ausdehnung angenommen. Bei einem Zusammenstoß schockte das Militär, mehrere Arbeiter wurden getötet, viele verwundet. Unter dem Commando eines Generalmajors sind 14 Bataillone Infanterie und 4 Eskadrons Cavallerie in Ostrau eingezogen.

Cannes, 18. April. (Privattelegramm.) Neuerdings wird über die Untersuchung des Chirurgen Parke bezüglich der Augen Emiss mitgetheilt. Ein sei auf einem Auge fast blind und werde später das Gehörvermögen auf dem anderen gleichfalls verlieren.

Brüssel, 18. April. (Privattelegramm.) Auf Befehl des Königs wird Stanley von einer militärischen Deputation an der Grenze empfangen werden. Die Staatsbahn stellt Stanley einen Extrazug zur Verfügung.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. April.

Das „Ginnbild“ des Hrn. v. Puttkamer-Plauth.

Herr v. Puttkamer-Plauth, der Abgeordnete für Elbing-Marlenburg, hat gestern die Gelegenheit wahrgekommen, im Abgeordnetenhaus eines abwesenden Segners, des Herrn v. Reibnitz-Heinrichau, zu gedenken. Bekanntlich hatte Herr v. Puttkamer in seinem bitteren Schmerze über die Niederlage seines Freunde, des Herrn v. Oldenburg-Januschau, bei der Wahl in Rosenberg-Löbau am 11. März im Abgeordnetenhaus gegen den Herrn v. Reibnitz den Vorwurf erhoben, er habe „gegen 1000 Institute und kleine Leute versucht“, gegen den conservativen Kandidaten zu stimmen, und zwar „durch die Schnapsflasche“, die er habe „kreisen lassen“. Herr v. Reibnitz bezeichnete in einem an Herrn v. Puttkamer gerichteten Briefe diese Angaben, die ohnehin niemand geglaubt hat, der Herrn v. Reibnitz und seine Art, den politischen Kampf zu führen, auch nur einigermaßen kennt, als vollkommen erfunden, wovon im Abgeordnetenhaus gebührend Acht zu nehmen. Herr v. Puttkamer sich jedoch bisher nicht veranlaßt gesehen hatte. Gestern nun ist derartige aus seiner Reserve getreten und hat gesprochen, und was hat er gesagt? Halb entschuldigt er sich, und halb thut er dasselbe, was Herr v. Reibnitz als Verleumdung bezeichnet hat. „Er habe jene Außerung (bezüglich der Schnapsflasche) nur sinnbildlich gethan“. Gleich hinterher aber versucht er trotzdem von seiner ursprünglichen Behauptung wenigstens etwas zu retten. Er spricht von einem Falle, in welchem bei der Tatsache Wahl von dem freisinnigen Kandidaten einmal eine Mark zum Schnapskauf ausgegeben worden sei. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Erstens hat dieser angebliche Tatsache Vorgang absolut nichts zu thun mit der „Versicherung der 1000 Institute“ im Rosenberger Kreise.

Zweitens ist der Fall überhaupt nicht oder jedenfalls nicht in der vorgebrachten Form wahr, wie in Kürze gerichtet konstatiert werden dürfte, denn Herr v. Reibnitz hat bereits, wie wir wissen, gegen die „Preußisch-Littauische Zeitung“, welcher Herr v. Puttkamer diese Geschichte nachgesprochen hatte, eine Verleumdungsklage einleiten lassen.

Sodann erzählt Herr v. Puttkamer von einem Falle, wonach Herr v. Reibnitz in Großwasser das von Insassen und kleinen Arbeitern, die einen freisinnigen Wahlaufzug unterstreichen sollten, in einem Gasthause Genossen nach drei Tagen bezahlt habe. Nun — Herr v. Reibnitz wird darauf schon antworten. Wir, die wir ihn zu kennen die Ehre haben, wissen, wie unangreifbar er auf diesem Gebiete ist und wie unmöglich es sein wird, ihm nachzuweisen, daß er sich nur das Geringste habe zu Schulden kommen lassen. Aber man sehe wirklich einmal den Fall, Herr v. Puttkamer hätte mit dieser Aussage recht; was folgt daraus? Wird damit die Behauptung Puttkamers vom 11. März bewiesen, daß durch die „kreisende Schnapsflasche“ von Herrn v. Reibnitz, in den ländlichen Bezirken über 1000 Insassen und kleine Leute versucht worden sind? Das glaubt doch wohl Herr v. Puttkamer selber nicht. Jedenfalls hat er sich mit dieser Rede bezüglich seiner Aussage vom 11. März selbst dementiert. Dass er es in dieser Form und nicht in offener Anerkennung der Grundlosigkeit jenes „Ginnbildes“ gehabt hat, ist bedauerlich im Interesse der dem Herrn

v. Puttkamer gebührenden Werthschätzung.

Freilich — den Ruhm eines kühnen Mannes hat sich derselbe auch noch auf einem anderen Felde als dem der „phantastischen Sinnbilder“ gewahrt. Wir haben schon in einer dem telegraphischen Kammerberichte beigefügten Bemerkung*) darauf hingewiesen, daß er sich selbst in einem zerbrechlichen Glashause befindet und allen Grund hat, das Werk mit Steinen zu unterlösen. Wie lange ist es denn her, daß Herr v. Puttkamer-Plauth aus dem Abgeordnetenhaus entfernt werden mußte, weil seine Wahl cassiert worden war? Es war am 26. Mai 1888, als diese Justification endlich vor sich ging. Und was lag der Cassation zu Grunde? Nach amtlichen Ermittlungen — nicht „sinnbildlichen“ Erzählungen — hatte man die Wähler zu bestehen versucht; man hatte ihnen nicht nur freie Fahrt zum Wahlort gegeben, sondern auch Zehrungs- und Aufenthaltskosten angeboten; der eine hat 5, der andere 3, der dritte 10 Mark als persönliche Gabe erhalten, ein vierter 40 Mark zur Vertheilung, ein andermal 6 Wahlmänner je 3 Mark u. s. w. u. s. v., wie geschildert steht zu lesen in dem Aktenstück 225 Anlage II. des Abgeordnetenhauses von 1888. Und mit einer Wahl auf seinem Conto, die mit einem solchen amtlichen constatirten Makel behaftet ist, wagt es der Herr v. Puttkamer, gegen Herrn v. Reibnitz auf Grund unverfehlter Geredes den Cato zu spielen? Mit einem so riesigen Balken im eigenen Auge soll blind und werde später das Gehörvermögen auf dem anderen gleichfalls verlieren.

„Ich überlasse es jetzt dem Urteil des ganzen Landes, ob ich Herrn v. Reibnitz verleumdet habe.“

Wir auch; aber darauf kann sich Herr v. Puttkamer verlassen, daß das Urteil aller Unbesangenen im Lande über ihn und seinen gegen Herrn v. Reibnitz gerichteten Feldzug trotz dessen „sinnbildlicher“ Ausstattung ganz anders aussässt, als er sich zu denken scheint.

Der „Wunschkette des Centrums“.

Windhorsts Schulantrag ist im Abgeordnetenhaus wieder eingebrochen worden. Er lautet wie folgt:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtag baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches den Kirchen und ihren Organen in Bezug auf religiösen Unterricht in den Volksschulen diejenigen Befugnisse in vollem Umfange gewährt werden, welche die Verfassungsurkunde im Artikel 24 denselben durch den Gob:

Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften zuverlässig und dabei, dem ursprünglichen Sinn dieser Zustimmung entsprechend, insbesondere auf Feststellung folgender Rechte Bedacht zu nehmen:

1. In das Amt des Volkschullehrers dürfen nur Personen berufen werden, gegen welche die kirchliche Behörde in kirchlich-religiöser Hinsicht keine Einwendung gemacht hat. Werden später solche Einwendungen erhoben, so darf der Lehrer zur Ertheilung des Religionsunterrichts nicht weiter zugelassen werden.

2. Diejenigen Organe zu bestimmen, welche in den einzelnen Volksschulen den Religionsunterricht zu leiten berechtigt sind, steht ausschließlich den kirchlichen Oberen zu.

3. Das zur Leitung des Religionsunterrichts berufene kirchliche Organ ist befugt, nach eigenem Ermessen den schulpflichtigen Religionsunterricht selbst zu ertheilen oder dem Religionsunterricht des Lehrers beizuhören, in diesen einzutreten und für dessen Ertheilung den Lehrer mit Weisungen zu versehen, welche von letzterem zu befolgen sind.

4. Die kirchlichen Behörden bestimmen die für den Religionsunterricht und die religiöse Uebung in den Schulen dienenden Lehr- und Unterrichtsbücher, den Umfang und Inhalt des schulpflichtigen religiösen Unterrichtsstoffes und dessen Vertheilung auf die einzelnen Klassen.

Die Erfüllung dieser Forderungen würde die Auslieferung der Schule an den Clerus bedeuten. Dass das fromme Wünsche sind, ist selbstverständlich. Als der Antrag in der vorligen Sessjon eingekommen wurde, stand er, abgesehen von der Hammerstein'schen Gruppe, selbst bei den Conservativen wenig Beifall. Dieselben ließen erklären, daß sie dem Antrag, wenigstens in der vorgeschlagenen Fassung, nicht zustimmen könnten. Dass in dieser Hinsicht sich in der Zwischenzeit etwas geändert habe, wird selbst der Abg. Windhorst nicht annehmen.

Über Windhorsts Taktik schreibt im übrigen unser Berliner „Correspondent“: „Die Wiedereinführung des Schulantrages, oder wie Herr Windhorst sich vorgestern ausdrückte, der Wunschkette des Centrums verfolgt auch dieses Mal wesentlich taktische Zwecke, ebenso wie die Erklärung des Abgeordneten über die absolute Notwendigkeit, an der Egujoliopolitik festzuhalten. Die Haltung des Abg. Windhorst im Abgeordnetenhaus ist zweifellos darauf berechnet, den im Schooße des Centrums im Reichstag etwa bestehenden Velleitätern einer Abschwächung nach rechts bei Seiten vorzubeugen. Wie so oft schon geht Herr Windhorst sich auch jetzt den Anschein, gerade die Ausfassung der nach rechts gründsätzlichen Elemente des Centrums mit besonderer Lebhaftigkeit zu vertreten und dadurch den Herren v. Hüne u. Gen. den Wind aus den Segeln zu nehmen. Offenbar gehört in dieses Kapitel auch seine Bemerkung, er sehe voraus, daß das Centrum im Reichstag Mehrausgaben für die

Arme und die Colonialpolitik werde bewilligen müssen. Wenn das der Fall ist, so erscheint es auf den ersten Blick widersinnig, daß Herr Windhorst erklärt, das Centrum würde neue indirekte Steuern erst dann bewilligen, wenn in Preußen die Reform der directen Steuern ausgeführt sei. In der Praxis bedeutet das doch nur, daß das Centrum im Reichstage zwar Mehrausgaben bewilligen wird, aber keine Mittel zur Deckung derselben, es sei denn, daß es dazu neue Steuern überhaupt nicht bedarf. In letzterem Falle würde die Deckung der Ausgaben lediglich auf dem Wege der Erhöhung der Matrikularkosten erfolgen, wobei dann vorausgesetzt ist, daß die Einzelstaaten die Mehrzahlungen, welche sie in dieser Form zu leisten haben, aus über den Staat hinausgehenden Überschüssen aus den Reichssteuern decken können. Bei der Besetzung des letzten Stots ist bekanntlich behauptet, die Schätzung der Einnahmen sei auf die Erzielung von Überschüssen gerichtet. Wenn diese Aussicht durch die Entwicklung der Einnahmen bestätigt wird, so würde es allerdings neuer Einnahmeketten zur Deckung der Ausgaben für die Militärvorlage und die Colonialpolitik fürs erste keine Bedürfnisse.

Immerhin hat Herr Windhorst sich bei Zeiten eine Handhabe vorbereitet, mit Hilfe deren er im Reichstage all zu weit gehenden Forderungen entgegentreten kann, und das war wohl die Haupttheile.

Das Centrum und der Welfenfonds.

Die Erörterungen, welche vorgestern und gestern über die Frage der Aufhebung des Welfenfonds im Abgeordnetenhaus stattgefunden haben, sind, soweit das Centrum in Betracht kommt, lediglich dazu benutzt worden, die Lage der Dinge, wie sie sich nach der Verordnung von 1868 gestaltet hat, zu verdunkeln, denn Herren Brügel und Gen. kommen es natürlich nicht darauf an, daß die Einkünfte aus dem mit Beschlag belegten Vermögen des Königs Georg nicht mehr zur Besteigung der Maßregeln, welche zur Überwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten oder dessen, der an Stelle dieses getreten ist, verwendet werden, sondern daß das beschlagene Kapital an die Erben des Königs Georg, in erster Linie den Herzog von Cumberland ausgeschüttet wird. Zur Verdunkelung der Sachlage hat sich Abg. Windhorst, freilich ohne durchgreifenden Erfolg, auf den Vorwurf des Gesetzes v. J. 1869 berufen. In § 1 dieses Gesetzes ist allerdings die Möglichkeit anerkannt, daß die Beschlagnahme des Vermögens durch königliche Anordnung aufgehoben werden kann, aber, und das hat Windhorst sorgfältig unterstrichen, nur „dritten aufgläubigen Erwerbern und Tessionaren gegenüber, d. h. Personen, welche vor der Beschlagnahme Ansprüche an das Vermögen erworben hatten“. Dass zu diesen die Erben des Königs nicht gehören können, versteht sich von selbst. Die Auslieferung des Vermögens an den Herzog von Cumberland setzt eben die Aufhebung der Beschlagnahme voraus, und diese kann, wie in der Verordnung vom 2. März 1868 zu lesen ist, nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen. Die Frage, ob eine solche Maßregel z. B. gerechtfertigt sein würde, hat das Centrum sorgfältig umgangen, ebenso wie die weitere, ob es sich unter den obwaltenden Umständen empfiehlt, die Verwendung der Einkünfte aus dem Vermögen unter Beibehaltung der Beschlagnahme der Kontrolle des Staatshaushalts zu unterwerfen. Es ist auch gestern wieder daran erinnert worden, daß der hannoversche Provinziallandtag unter dem Vorst. des Herren v. Bennigsen schon vor Jahren den Antrag gestellt hat, die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg rückgängig zu machen. Die Erörterungen in der Reihe der Abgeordnetenhaus zu sprechen, welche sie für den ausgereiftesten Unsin“ erklärt, „für eine Satire auf die Einsicht des Wählers, die sich, ohne weitere Nachhilfe der Autor, getrost neben die entsprechenden Reuter'schen Zeichnungen stellen kann“ — von welcher Werthschätzung die Wähler hoffentlich gebührend Acht nehmen werden. Zum Schlusse der langen Auseinandersetzung kommen dann noch einmal die freisinnigen parlamentarischen Redner vom Dienstag an die Reihe. Die Bemerkungen derselben über die offizielle Presse werden als eine „romöde unerquicklichste Art“ bezeichnet, es wird den Freisinnigen gegenüber von „schändbarer Verleumdung“, „ordinärer Denunciation“, „Heuchelei“ gesprochen.

Auch die Christlichkeit werden wir demnach auch unter der Herrschaft des Grundsatzes, das Gute zu nehmen, wo es sich finden läßt, wohl nach wie vor an andern Stellen suchen müssen, als beim Freisinn.“

Sodann kommt die „Cons. Corresp.“ auf das Wahlresultat zu sprechen, welches sie „für den ausgereiftesten Unsin“ erklärt, „für eine Satire auf die Einsicht des Wählers, die sich, ohne weitere Nachhilfe der Autor, getrost neben die entsprechenden Reuter'schen Zeichnungen stellen kann“ — von welcher Werthschätzung die Wähler hoffentlich gebührend Acht nehmen werden.

Zum Schlusse der langen Auseinandersetzung kommen dann noch einmal die freisinnigen parlamentarischen Redner vom Dienstag an die Reihe. Die Bemerkungen derselben über die offizielle Presse werden als eine „romöde unerquicklichste Art“ bezeichnet, es wird den Freisinnigen gegenüber von „schändbarer Verleumdung“, „ordinärer Denunciation“, „Heuchelei“ gesprochen.

Doch genug der Beispiele, die sich in einem einzigen Artikel finden, der zur Vervielfältigung in der conservativen Parteipresse bestimmt ist. Das Bouquet ist oedurreich genug. Und solch ein Organ, das offizielle Organ der Partei mit den Herren von Leebom, von Rauchhaupt, von Hellendorf etc. an der Spitze, stellt sich hin und predigt anderen Moral! Difficile est satirae non scribere.

Die „Leitung“ des Dreibundes.

Der der ungarnischen Regierung nahestehende „Pester Lloyd“ enthält eine Correspondenz aus Berlin, welche die Meinung englischer Blätter, die Leitung des Dreibundes werde nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck auf den Grafen Kalnoky übergehen, zurückweist. Jeder der verbündeten Staaten habe eigene, vollständig unabhängige Interessen, die von den gemeinsamen Interessen nicht loslösbar wären, daß für die letzteren eine gemeinsame Leitung zulässig erschien. Auch Fürst Bismarck habe nie innerhalb des Dreibundes die Leitung gehabt. Dass desselben Rath oft entscheidend gewesen sei, sei eine Folge seines Prestiges gewesen. Die Vorstellung, daß Österreich-Ungarn lebt vom Dreibund mehr als bisher in Balkanangelegenheiten zu erwarten habe, lasse gänzlich außer Auge, daß, wie man auch eine solche künstliche Interessengemeinschaft construire, die Selbständigkeit Österreich-Ungarns in der Mahnung seiner eigenen Orientinteressen einbuße erlitte. Auch zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland würde Derartiges führen und die Friedenschancen vermindern, die sich auf die friedlichen Neigungen des russischen Kaisers stützen. Deutschlands Stellung zu Frankreich ginge Deutschland andererseits allein an.

Verhütung von Schiffszusammenstößen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die umfangreichen Protokolle über die Verhandlungen des Internationalen Marinecongresses zu Washington zusammengestellt und, in einem Bande vereinigt, der zuständigen Reichsbehörde zugehen lassen. Es ist, der „St. Corr.“ zufolge, nicht ausgeschlossen, daß die Protokolle ganz oder zum Theil bei der Wichtigkeit der Verhandlungen des Congresses für den Seeverkehr der Deutschen zugänglich gemacht werden. Die Conferenzverhandlungen haben das

*) Wir berichtigen bei dieser Gelegenheit einen in dieser Bemerkung enthaltenen Satzfehler, den der aufmerksame Leser ohnehin schon verbessert haben wird. In der 5. Zeile muß es natürlich heißen „... Verfahren, im Vergleich zu dem bis dem Herrn v. Reibnitz in die Schule geschobene“, stattdessen „das im Vergleich zu dem ... geschobene“.

Gesetzesenrecht in ganz erheblicher Weise verbessert und umgestaltet. Allerdings sind die Beschlüsse der Konferenz von den deutschen Delegierten nur ad referendum genommen und hat die Reichsregierung erst ihre Entscheidung zu treffen, inwieweit sie denselben Folge geben will. Daraus folgt, dass es über zu einer den Gesetzen verkehrenden allerhöchsten Verordnung kommen, welche die Vorschriften bezüglich der Verhütung von Zusammenstößen der Schiffe sowie die Verhaltensvorschriften der letzteren im gegebenen Falle revidiert und umgestaltet. Die Beschlüsse der Konferenz haben sich gerade mit der Verhütung von Schiffszusammenstößen auss eingehendst beschäftigt und sind mit einer an Einflussmächtigkeit grenzenden Majorität gefasst worden. Hieraus geht zur Genüge hervor, dass man die vorgeschlagenen Maßnahmen im Interesse des internationalen Seeverkehrs und zur Erhaltung der Sicherheit derselben als absolut notwendig erachtet. Die Konferenz war auch von der Ansicht durchdrungen, dass die von ihr getroffenen freien Vereinbarungen an und für sich auf die einzelnen Konferenzstaaten schon einen gewissen moralischen Druck ausüben würden und dass die Rätselklärung derselben, sowie die zur Ausführung der Konferenzbeschlüsse notwendigen Maßnahmen kaum auf Schwierigkeiten bei den interessierten Staaten stoßen würden. Aus diesem Grunde hat der internationale Marinecongress davon Abstand genommen, eine permanente Commission einzurichten, deren Aufgabe die Überwachung der Ausführung der Konferenzbeschlüsse gewesen wäre. Statt einer solchen internationalen Controlinstanz hat man sich vorbehalten, eventuell einen wiederholten Zusammentritt des Marinecongresses in Aussicht zu nehmen und somit bei den auf den Schutz von Leben und Eigentum zur See bezüglichen internationalen Verhandlungen ein ähnliches Verfahren eingeschlagen, wie bei der internationalen Konferenz zum Schutz der Arbeiter.

Dollabänderungen in England.

Wie aus London telegraphiert wird, umfassen die in der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses von dem Kanzler der Schatzkammer Goschen eingebrochenen Budgetvorschläge die Aufhebung des Silberzolls und des Goldzolls, eine Ermäßigung des Theezolles um 2 Pence per Pfund, des Zolles auf Korallen von 7 Shilling auf 2 Shilling per Centner, eine Erhöhung der Steuer auf Spirit um 6 Pence per Gallone und eine Herabsetzung des Briefporto für Indien und die Colonien auf 2½ Pence.

Die englisch-portugiesischen Verhältnisse.

Im englischen Unterhaus gab gestern der Unterstaatssekretär Ferguson die Erklärung ab: Angesichts der neuerdings wieder aufgetretenen Gerüchte habe der portugiesische Minister des Äußern wiederholt erklärt, dass er keine offizielle Kenntnis von einer Expedition am Shiresfluss habe. Er habe aber für den Fall, dass diese Gerüchte sich bestätigen sollten, den Rückzug hinter den Rußfluss angeordnet. Gleichzeitig habe die britische Regierung von neuem die positive Versicherung erhalten, dass keine neue Action von Behörden gebilligt oder geduldet werden würde, die mit der englisch-portugiesischen Abmachung nicht vereinbar wäre.

Carnot in Marseille.

Bei dem gestern Vormittag stattgehabten Empfang des Präsidenten Carnot in der Präfektur sprach der österreichische General-Consul Küller von Montlang an der Spitze des Consular-Corps die Wünsche für das Glück und die Wohlfahrt der Regierung der Republik aus. Der Präsident Carnot dankte hierfür und drückte seine Freude darüber aus, dass die Interessen, welche Marseille mit dem Welthandel verbinden, sich in so guter Vertretung befinden. Der Bischof von Marseille, der die Geistlichkeit vorstellte, sagte in seiner Ansprache, die Geistlichkeit bilden durch eine solide religiöse Erziehung gute Bürger. Die Liebe zu Gott und die Liebe zum Vaterlande seien vereint in dem Geiste des Clerus. Derselbe sprach seine Wünsche für die glückliche Reise des Präsidenten in der heutigen Provence aus. Carnot dankte dem Bischof und der Geistlichkeit.

Das italienische Geschwader, welches zu Ehren des Präsidenten Carnot von dem König Humbert von Italien nach Marseille entsendet worden, ging am Mittwoch bei Sallins d'Hyères vor Anker, kam gestern Vormittag auf der kleinen Rhône von Toulon an und gab Salutschüsse ab. Dieselben wurden von dem Fort Couronne erwidert. Admiral Cavers und sein Generalstab stiegen sodann an Bord des französischen Geschwaders einen Besuch ab, welcher von französischer Seite erwidert wurde. Hierbei wurde wiederum Salut gesetzt. Am Nachmittag begab sich der Admiral an Land und stattete den See- und Militärbehörden Besuch ab.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 17. April.

Die dritte Beratung des Staats wird bei dem Spezialrat der Justizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dasbach (Centr.) beklagt, dass die Amtsgerichte ihre amtlichen Bekanntmachungen über Zwangsvorsteigerungen und Eintragungen in die Handelsregister nicht in solche Zeitungen einrücken, welche die meisten Abonnenten im Bezirk haben.

Geh. Ober-Justizrat Eichholz erklärt, dass eine Einwirkung der Justizverwaltung auf die Wahl der Blätter nicht stattfindet.

Abg. Schumacher (Freicons.) plädiert für die Aussetzung der Strafvollstreckung auf längere Zeit als 4 Monate, wie jetzt Bestimmung sei. Die Maßregel sei besonders erwünscht für landwirtschaftliche Arbeiter und Handwerker. Die Aussetzung der Vollstreckung auf beliebige Zeit sei ein Ausfluss des landesherrlichen Begnadigungsrechtes und könnte daher ohne Aenderung bestehender Bestimmungen durchgeführt werden.

Geheimrat Lucas betont, dass der Minister als Vollstrecker des königlichen Willens in einzelnen Fällen wohlwollende Rücksicht nehme und den Strafvollzug dem Bedürfniss entsprechend aussehen werde, dass eine allgemeine Anordnung darüber nicht erlassen werden könnte.

Abg. Dasbach bedauert, dass auf seine Beschwerde keine Rücksicht zugesagt ist. Die zu wählenden Zeitungen müssten eine geeignete Verbreitung, und zwar in solchen Kreisen haben, bei denen das Interesse der Bevölkerung durch die Bekanntmachungen am meisten gefordert wird.

Abg. Rickert: Diese Frage verdient die größte Aufmerksamkeit. Wir haben öfters über die Angelegenheit verhandelt, z. B. 1879 bei Gelegenheit der Erörterung der Behandlung der "Boerner Zeitung", als ich den Ministerialrat vom 3. Februar 1875 bezeichnete, wonach Bekanntmachungen in Zeitungen von entsprechender Richtung vermieden werden sollen. Ich weiß nicht, ob dieser Ministerialbeschluss

noch besteht. Aber auch aus dem Resolut des Justizministers ist mir — allerdings unter dem genannten Herrn Justizminister nicht — bekannt geworden, dass man versucht hat, ein Gericht zur Nichtveröffentlichung der Justiz in einem entschieden liberalen Blatte zu bewegen, allerdings ohne Erfolg. So viel ich weiß, sind die Gerichte gleichsam hierin vollständig selbstständig. Es ist aber zu bedauern, dass solche Einwirkungen versucht worden sind. Der bairische Justizminister hat im Gegensatz dazu neuerdings eine Verfügung erlassen, dass man nicht — wie der Herr Minister gestern — bedauerlicherweise — sich ausdrückte — die beaufsichtigten Zeitungen bevorzugen, sondern dass man möglichst auf die Verbreitung der Zeitungen Rücksicht nehmen solle. Die Anzeigen werden aus öffentlichen Gründen beauftragt, also müssen sie auch derart veröffentlicht werden, dass sie den Interessenten bekannt werden. Das System der Unterstüzung von regierungsfreundlichen Blättern durch Anzeigen ist verwerflich; einmal, dass die bisherige Kontrolle den Eintritt gewissermaßen einer staatlichen Concessionierung mache. Das müsse aufgehoben. Ferner müsse verhindert werden, dass Jugendliche bis zum 18. Jahre, wenn sie etwas aus dem Gefängnis oder dem Krankenhaus kommen, wieder an denselben Ort gelangen, wo sie der Verführung erliegen, um dann auf dem Wege des Leifers weiter zu gehen. Solche Jugendliche müssten dann — nicht ins Arbeitshaus, aber in ein Erziehungsheim. Drittens müsse die sanitätliche Kontrolle durch Frauen ausgebüttet werden, um das Schangefühl da, wo es noch vorhanden, nicht zu zerstören. Die Haupsache aber sei die Verringerung der Gelegenheiten zur Unzucht. Die nächsten Cases seien gleichsam Vörs der Unzucht, die Schlussfolgerung derselben. Auch das Wohnungswesen, das Schlossbürchen- und Schlammbädchen müssen geändert werden. Hier müsse eingegriffen werden. Die Hauptaufgabe falle allerdings in öffentlichen Meinung zu, aber diese müsse in ihrem Kampfe gegen die Unzucht vom Staate unterstützen werden. Gewisse Glücksfälle in den Theatern seien geradezu intellektuelle Bordelle. Dieses Gebiet sei dunkel und werbe immer dunkler. Die Geschichte zeige, dass der Verfall der Völker mit der Prostitution begonnen habe. Die Kirche allein sei machtlos; alle müssten helfen.

(Schluss in der Beilage.)

Den zu frühen Heiraten zuzuschreiben. Ebenso der Unzucht. Um dieser entgegenzuwirken, müsste man in dem Schutz der jugendlichen Mädchen etwas weiter gehen, sowohl hinsichtlich des Alters, — jetzt bis zu 14 Jahren —, als auch hinsichtlich ihrer Stellung als Arbeitnehmerin. Arbeitgeber, welche ihre Vertrauensstellung als solche missbrauchen, müssen schriftlich bestraft werden, wie das ja auch schon bei Missbrauch anderweitiger Vertrauensstellungen — als erste — der Fall sei. Große Aufmerksamkeit und verschärfte Aufsicht sei dem Uebel der Prostitution zuwenden, um so mehr, als die Unzucht ebensoviel wie der Unglaube revolutionär wirke. An dem bisherigen Zustande seien besonders vier Punkte verwerflich: einmal, dass die bisherige Kontrolle den Eintritt gewissermaßen einer staatlichen Concessionierung mache. Das müsse aufgehoben. Ferner müsse verhindert werden, dass Jugendliche bis zum 18. Jahre, wenn sie etwas aus dem Gefängnis oder dem Krankenhaus kommen, wieder an denselben Ort gelangen, wo sie der Verführung erliegen, um dann auf dem Wege des Leifers weiter zu gehen. Solche Jugendliche müssten dann — nicht ins Arbeitshaus, aber in ein Erziehungsheim. Drittens müsse die sanitätliche Kontrolle durch Frauen ausgebüttet werden, um das Schangefühl da, wo es noch vorhanden, nicht zu zerstören. Die Haupsache aber sei die Verringerung der Gelegenheiten zur Unzucht. Die nächsten Cases seien gleichsam Vörs der Unzucht, die Schlussfolgerung derselben. Auch das Wohnungswesen, das Schlossbürchen- und Schlammbädchen müssen geändert werden. Hier müsse eingegriffen werden. Die Hauptaufgabe falle allerdings in öffentlichen Meinung zu, aber diese müsse in ihrem Kampfe gegen die Unzucht vom Staate unterstützen werden. Gewisse Glücksfälle in den Theatern seien geradezu intellektuelle Bordelle. Dieses Gebiet sei dunkel und werbe immer dunkler. Die Geschichte zeige, dass der Verfall der Völker mit der Prostitution begonnen habe. Die Kirche allein sei machtlos; alle müssten helfen.

(Schluss in der Beilage.)

technen zu lassen. Zu dem Ende hat der Minister bestimmt, doch in den Haushaltsplänen der Anstalt, für welche ein beigelegtes Muster als zweckmäßig empfohlen wird, bei den einzelnen Titeln anzugeben ist, wie viel in jedem Jahre der letzten Bewilligungsperiode von den Anfängen des leichten Staatsverbrauchs erwartet werden soll. Bei den Einnahmen soll unter den Bemerkungen angegeben werden, wie viel weniger von den Gemeinden oder Vereinen in der letzten Staatsverbrauchs vorausgesetzt war.

Coburg, 17. April.

Die Herzogin von Edinburgh hat sich mit ihrer Tochter Beatrice heute nach Mainz begeben, um mit ihrem Sohn selbst ein interessierendes Gespräch nach England zurückzureisen.

München, 17. April. [Abgeordnetenkammer.] Anlässlich des Antrages des Abgeordneten Blehl betreffs der Abänderung des Actiengesetzes, erklärt der Minister des Innern v. Feilitzsch, dasselbe sei in der von Blehl beantragten Form unannehmbar und sei die Zurückstellung derselben höchst wünschenswert. Sollte der Antrag trotzdem angenommen werden, so könnte die Regierung untrüglich die Genehmigung derselben anempfehlen.

Bremen, 17. April. Anlässlich der Anwesenheit des Kaisers werden gutes Vernehmen nach auch der Generalsfeldmarschall Graf Moltke, sowie die Staatssekretäre v. Bötticher, v. Stephan und Frhr. v. Moltahn der Einladung des Senats Folge geben.

Darmstadt, 17. April. Die Prinzessin Heinrich von Preußen ist mit dem Prinzen Waldemar von Preußen heute Vormittag zu mehrjährigem Besuch bei der Kaiserin Friedrich nach Homburg abgereist.

Frankreich.

Cannes, 17. April. Starren ist heute Mittag nach Paris abgereist.

(W. I.)

Italien.

Rom, 17. April. Wie die "Polit. Corresp." erfährt, soll demnächst dort eine italienische ostafrikanische Gesellschaft, ähnlich den bereits in Deutschland und England bestehenden Gesellschaften solcher Art, gebildet werden. Der ehemalige italienische Consul in Janjiba Ilionard soll die Präsidentschaft der neuen Gesellschaft übernommen haben.

(W. I.)

Von der Marine.

* Die Poststation für das Commando des

Uebungsgeschwaders (Geschwaderchef Contre-

admiral Hollmann) und der Panzerschiffe "Kaiser",

"Deutschland", sowie Kreuzer "Irene" ist

bis zum 22. d. Wilhelmshaven, vom 23. d. ab

und bis auf weiteres Aiel; für die Panzerschiffe

"Friedrich der Große" und "Preußen" von jetzt

ab und bis auf weiteres Wilhelmshaven.

Aus 19. April. Danzig, 18. April. Neumond.

E. 454 u. 76. Wetteraussichten für Sonnabend, 19. April, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte,

und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, bedeckt und strichweise trüb mit

Regen und Gewitter, zum Theil halbheiter bei

wenig veränderter Wärmelage. Kalte Nacht;

schwache bis frische Winde, zeitweise stark

Für Sonntag, 20. April:

Stark wolkig, vielfach heiter; frische Winde,

kaum veränderliche Temperatur. Strichweise Ge-

witter. Kalte Nacht.

Für Montag, 21. April:

Berührlich wolkig, vielfach halbheiter, zum

Theil bedeckt, trüb und strichweise Gewitter und

Regen. Warme Luft bei Tage; schwache bis

mäßige Luftbewegung, leichthaft im Süden.

Für Dienstag, 22. April:

Theils sonnig bei veränderlicher Bevölkerung,

theils bedeckt und Regen bei wenig veränderter

Wärmelage. Zeitweise windig. Stellenweise Ge-

witter.

* Landwirtschaftliche Districtsschau.] Die

für den Herbst d. J. in Aussicht genommene

Districts-Thierschau des Centralvereins westpreußischer

Landwirthe in Marienburg, mit welcher eine

landwirtschaftliche Ausstellung, ferner die vom

westpreuß. gewerblichen Centralverein veranstaltete

Preisconcurrenz und Ausstellung westpreußischer

Wagenbauer verbunden werden soll, ist nunmehr

auf den 30. August anberaumt. Das Comite für

die Thierschau — bei welcher Geldpreise im Be-

frage von 8200 Mk. zur Verhüllung gelangen —

und Ausstellung hat sich vorgestellt in Marienburg

constuiert.

* Schichau'sche Werft] Heute ist auf dem

ehemals Tröleschen Holzfelde an der großen

Allee das Baubüro für die Herstellung der

hiesigen Schichau'schen Werft zum Bau großer

Eisenschiffe eröffnet worden. Für diese Werft

resp. den Bau derselben wird bereits in der

Schichau'schen Fabrik zu Trellekenhof bei Elbing

ein Dampfschiff von 1600 Centner Tragfähigkeit

hergestellt. Etwa 30 Arbeiterwohnhäuser für das

Personal der neuen hiesigen Werft sollen (einer

Angabe der "Elb. Ztg." zufolge) noch in diesem

Sommer vor dem Olivaer Thore errichtet werden.

Dasselbe Blatt weiss Folgendes zu melden: Als

erstes Schiff, das auf der Zweigniederlassung in

Danzig zur Fertigstellung gelangen soll, ist das

von der österreichischen Marine bestellte Torpedo-

Bedetteschiff bestimmt, das in Elbing nur im

Kumpf fertiggestellt werden wird. In Danzig ist

über diese Details noch nichts Näheres bekannt.

Selbstverständlich beschäftigt man sich hier zu-

nächst mit der Vorbereitung für die sehr um-

fangreichen Erdarbeiten, welche zur Erhöhung des

Terrains der Werft, deren Fundierung und

fortificatorische Befestigung erforderlich sind. Die

hierbei zur Verwendung kommende, über die

Allee hinweg zu führende Drahtseilbahn wird

demnächst in Angriff genommen werden.

P. P.

Hierdurch beehe ich mich ergebenst anzugeben, dass ich das von meinem verstorbenen Vater im Jahre 1852 gegründete **Confectionsgeschäft feiner Herren-Garderobe** ganz in seinem Sinne nach denselben streng-reellen Grundsätzen fortführen werde und bitte ich gleichzeitig, das demselben stets bewiesene Vertrauen und Wohlwollen auch auf mich gütig übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

LEO HANOW,

in Firma Ad. Hanow.

3275)

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Jungen wurden heute hoch erfreut (3252)
R. Fränkel und Frau geb. Deutschland.
Ida Grothe geb. Alp, Wilhelm Rennmann, Verlobte, Danzig, den 18. April 1890.
Statt besonderer Meldung, Wilhelm Zimmermann, h. Assistent der Hofgärtnerei, Leonore Zimmermann, geb. Bröder, Vermählte, München, Aichach, München, den 14. April 1890.

Statt besonderer Meldung, Heute früh 4 Uhr starb nach mehrjährigem Leiden unsere liebe Schwägerin, Tante und Großtante, das Fräulein Mathilde Mastke, in ihrem 68. Lebensjahr, welches sie selbst angegeben Danzig, den 18. April 1890. Die Beerdigung findet Montag, den 21. April, Nachmittags 2½ Uhr, auf dem evangelischen Kirchhofe in Oliva statt. (3249)

Heute Abend 7½ Uhr entstieß nach langen unangloren Leidern, im fast vollendeten 59. Lebensjahr, mein innig geliebter Mann, unter guter und lieboller Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Rentier Willy Wegner. Mit der Bitte um stilllebende Teilnahme. Die bestreuernde Familie. Grauden, 18. April 1890. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. d. M. Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Blumenstraße Nr. 28, statt. (3250)

Loose. Marienburg-Schlossbau 3.00 M. Königsl. Bierde-Lott. 3.00 M. Stettiner Bierde-Lott. 1.00 M. zu haben in der Expedition d. Danziger Zeitung.

Ich wohne jetzt Langfuhr Nr. 12, (Gee. Brunshofer Weg) Sprechstunden: 8–10 Vorm., 3–5 Nach. Dr. med. Hohnfeldt, prakt. Arzt.

Ich habe mich hier niedergelassen. Dr. Fr. Behrendt, pract. Arzt, Schmiedeasse 16.

Frischen Kartoffeln, pro lb 20 R. delicate Matthesheringe, neue amerik. Schnittäpfel, sehr scharf. Tasfel-Linsen, vorzügliche Qualität, ver lb 30 R.

neuen Caviar, pro lb 2.75 M und 3 M. frischen Gurkensalat, in Gläsern, fertig zum Gebrauch, echt ungarischen Rosen-Paprica, direkte Import, empfohlen. (3279)

Rudolf Baeker, Inhaber: Eymont Reisske, Holzmarkt 22. prima Elbcaviar per Vfd. Mk. 2,50, mild gesalzen und hellgrau im Horn, empfohlen.

Carl Studti, hell. Geitgasse 47, Ecke der Kuhgasse. (3255)

Johannisbeerwein, per Flasche Mk. 1. offert in vorzüglichster Qualität Carl Studti, hell. Geitgasse 47, Ecke der Kuhgasse. (3254)

Groth! Maschinenstroh u. Rübstroh kauft L. Auhl, Kettwigergasse 11/12.

Kölner Hagel-Versicherungs-Gesellschaft. Grundkapital: Neun Millionen Mk. (Voll begeben.) Baar-Einzahlung: Eine Million 800 000 Mark. Reserven-Bestand: 956 706,18 Mark. Prämiensumme incl. Policekosten (1889): 1 537 296 Mark.

Die Gesellschaft besteht seit 36 Jahren, ihre Wirksamkeit ist in landwirtschaftlichen Kreisen überall vortheilhaft bekannt. Sie verzahnt zu seinen Prämien Boden-Crieunisse aller Art, sowie Glascheiben gegen Hagelschaden und leistet zweifellose Gewähr für vollen und prompten Schadensatz sowie gegen schwere Nachzahlung.

Sie stellt den Versicherungsbüroen die Wahl unter den verschiedenen Versicherungsarten (auch ohne Ablösungspflichtigkeit) bei Erfahrung von erheblichen Prämien-Bonificationen frei, garantiert loyaler Reklamation der Hagelschäden prompte Auszahlung der Entschädigungssummen und beliebt nach Wunsch die Versicherer auch an dem sich herausstellenden Prämien-Gewinne, infolge der Bestimmungen für Landwirtschaft Nord- und Mittel-Deutschlands.

Geschäfts-Gebiet Nord- und Mittel-Deutschland. Alles Weitere ist bei dem unterzeichneten Agenten zu erfahren, welcher zur Aufnahme der Versicherungs-Anträge gern bereit ist.

Albert Steiner, Kaufmann in Danzig. (3250)

Mittheilung.

Um irrtümlichen resp. böswillig verbreiteten Nachrichten sofort entgegenzutreten meinem verehrten Kundenkreis hierdurch die Mittheilung, daß meine

Adler-Droguerie und Mineralwasser-Fabrik sich bis Anfang Juni noch in dem Hause Gr. Wollwebergasse 2

befindet und zu obengenannten Tagen mit der von mir erworbenen Löwen-Apotheke verbunden, jedoch in demselben großen Umfange weiter geführt werden wird.

Ergebniss (3126)

Robert Laaser,
Apotheker.

Brauerei H. W. Mayer, Danzig,

empfiehlt nach Vollendung der Dampfbetriebeinrichtung und Lager-Hellerei mit neuester künstlicher Kühlung durch flüssige Kohlensäure, einige am liegen Platz.

Bairisch Lagerbier, Münchener Brauart, das ganze Jahr hindurch in stets gleichbleibender guter Qualität zu ortsüblichen Preisen. (3060)

A. Eppner & Co., Uhrenfabrikanten in Silberberg in Schl. Hofuhrmacher Sr. Majestät des Kaisers und Königs

und Gr. Kaiserl. Königl. Hoheit des Kronprinzen empfehlen die Erzeugnisse ihrer Fabrikation verschiedener Art, insbesondere von

Taschenuhren von den einfachsten bis zu den wertvollsten Sorten und bietet für die Reichtät die Anbringung des vollen Namens oder der Fabrikmarke der Firma in den Uhren die sicherste Gewähr.

Allgemeines Lager dientlich im Bereich der Provinz Westpreussen halten die Herren

J. Nordt und Sohn, G. Reitmann, Uhren-Handlung in Danzig, Wollwebergasse Nr. 24.

Verzinkte Draht-Geflechte, in allen gangbaren Breiten und Massenweiten, schwarze Brahtgewebe für Siebe aller Art, blaue etc. Drahtgaze für Luftheizung, verzinkter Stacheldraht,

in allen gangbaren Breiten und Massenweiten, schwarze Brahtgewebe für Siebe aller Art, blaue etc. Drahtgaze für Luftheizung, verzinkter Stacheldraht,

glatten Zaunrahrt, roh und verzinkt, empfiehlt zu billigsten Preisen (1821)

Rudolph Mischke, Langgasse Nr. 5.

Träger, Gäulen, Eisenbahnschienen in allen Dimensionen zu Bauwerken und Gleisen sowie sämtliches Feldbahnmaterial offerieren billig! (3076)

Ludwig Zimmermann Nachfl., Danzig, Fischmarkt 20/21.

Damenfriseur-Salon Langgasse Nr. 69 von C. Balsam

empfiehlt Damenfrüchte, Scheitel, Böse etc. in bauerhafter und leichter Arbeit zu den billigsten Preisen. (3283)

Wegen Umzugs nach meinem Hause

Langenmarkt No. 20 verkauft ich mein großes Lager von

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren in nur bester Arbeit zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

E. G. Olschewski,

Langenmarkt Nr. 2.

 **Gomme's Gebrüder Java-Kaffee**

in Preislagen von Mk. 1,70 – 1,80 – 1,90 – 2,00 – 2,10 pro 1/2 Kilo wird allen Freunden eines feinen Getränkes als anerkannt beste Marke empfohlen.

Garantie für exquisites Aroma, absolute Reinheit und hohe Ergiebigkeit.

Niederlagen in Danzig bei Herrn G. Mix, Langenmarkt 4, Herrn F. Groth, 2. Damm 15.

Als anerkannt beste Biere empfehle:

Münchener Augustinerbräu . . . 18 Flaschen 3 M. frei haus.

Culmbacher . . . 15

Königsberger, hell und dunkel . . . 30

Danitzer Actien-Tafel-Bier . . . 33

Engl. Bierer (oon Barclay Perkins) . . . 10

Alte Auguinerbräu und Königsberger in Original-Gebinden zu billigsten Preisen. (3281)

N. Pawlikowski, Hundegasse Nr. 120.

Magen-Elirir.

Dieser magenstärkende Liqueur befördert die Verdauung und führt angenehm ab.

Mit Flasche Mark 1,50.

Julius v. Götz, Hundegasse 105. (3044)

Wiesbadener Kochbrunnen-Quell-Salz ein reines Naturprodukt

unter amtlicher Controle hergestellt und ärztlich allgemein empfohlen u. verordnet als best. u. schnell wirksam. Beseitigungs-mittel b. Verdauungs- u. Ernährungs-Beschwerden, Darm- und Magen-leiden aller Art, Ebenso v. eminent heilkraftiger Wirkung bei Catarthen d. Luftröhre u. d. Lunge; bei Husten, Heiserkeit, Schleimauswurf u. s.w.u. in Folge sein. hohen Lithiongehaltes bei gichtischen und rheumatischen Leiden. Ein Glas Kochbrunnen-Quell-Salz entspricht d. Salzgehalt und dementsprechend der Wirkung von etwa 35 bis 40 Schachteln Pastillen

anderer Brunnen.

Preis per Glas 2 Mark. (Nur acht wenn in Gläsern wie nebenstehend Abbildung.)

Alleinstehende ältere Herren finden aufwändige Pflege und gemütliche Wohnung.

Öfferten werden unter 2839 in der Eyd. d. Dani. 3tg. erbeten

Stallf. 2—3 Pferde im Stall Frauengasse 16 zu verm.

Möbl. Bordzimmer mit guer Dienst. zu verm. Vorst. Grub. 19.

Der Laden Gr. Wollwebergasse 29, mil gr. hell. Vorzimmersuite, Rücke u. Seitl. zu verm. Näh. daf. III.

Eine herrsch. Wohnung von 10 Zimmern und Zubehör mit Wasserheizung, ff. zum 1. Oktober zu vermiet. Näh. Langgasse 89 im Comptoir.

Ein Kavalierkamm aus dem Wege vom Johanniskirchhofe bis zur Langgasse ver-gang. abzus. Vorst. Grub. 6. III.

Die Beleidigung welche ich dem Fr. Marie Louise Angestellte abgetragen habe nehme ich hiermit abtötend jurid. (3248)

Danzig, den 17. April 1890. Ludwig Sebold.

Eingesandt. Für die Mitteilung, gelegentlich unseres Benefizes "Luminaeagabundus", erlaubt sich das Thorpersonal des historischen Stadttheaters, den Mitgliedern:

Fr. v. Weber, Fr. Schröder, Fr. Neuhau, Herrn Lunde-

Stadt, Stein und Herrn Käpferle, Reichs- und Käpferle, hier an

dieser Stelle nochmals den wärmen Dank auszusprechen — Zum

Schluss: Unser Director Roel!

Persönl. hat sich durch die ge-fällige Mitwirkung und ins-be sondere durch die uneigen-nüchige Berechnung und Auszahlung der Antheile unserer wärmsten Dank erworben!

Für das Thorpersonal des Stadttheaters:

Bruno Galische, Leopold Do- briner, Albert Harder, Hugo Berwinkel, Theodor Gom- dewski, Oscar Steinber-

Dankesagung. Hiermit erlaube ich mir allen Freunden, Collegen und Bekannten, sowie dem

Sängerchor für die reiche Theilnahme und insbesondere dem Herrn Pfarrer

Berling für die trostreichem Worte am Grabe meines

verstorbenen Sohnes, der in meinem Dank auszusprechen. (3255)

Oskar Criminal-Schulmann

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. Neumann, Haushof 3 I.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 18247 der Danziger Zeitung.

Freitag, 18. April 1890.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Minister Herrfurth: Die Frage der Untersuchung der Prostituierten ist so schwierig, daß sie nur von Aerzen entschieden werden kann. Der Gelegenheitsmacherei sucht die Polizei nach Möglichkeit entgegenzutreten, und mit Erfolg. Die Lokale mit weiblicher Bedienung können nicht verboten werden; dagegen wird gegen sie vorgegangen mit Concessionsentziehung, wenn in ihnen der Vollerei und Unzucht geföhrt wird. Wenn Herr Stöcker von der Gittencontrole eine elthische Einwirkung erwartet, so verwechselt er diese mit der Gittenpolizei. Bei der Gittencontrole handelt es sich um rein sanitätspolizeiliche Maßnahmen. Unter Gittencontrole kommt nur der Abschaum, nur diejenigen, von denen eine Gemeinschädlichkeit anzunehmen ist. In Bezug auf die Minoren liegen die Verhältnisse keineswegs so schlimm, wie Herr Stöcker annimmt. Wenn eine Frauensperson wegen lächerlichen Lebenswandels von der Gittenpolizei sichtirt wird, so wird sie nicht sofort unter Gittencontrole gestellt, sondern zunächst protokollarisch verwarn und zur baldigen Bezahlung eines ehrlichen Broderwerbs aufgesondert. Ist sie minoren und wohnen ihre Eltern oder ihr Vormund außerhalb Berlins, so wird dieser Mittheilung gemacht mit der Anheftung, sie binnen 14 Tagen bei sich oder in einer anständigen Familie unterzubringen. Bleibt sie dennoch bei dem unsittlichen Lebenswandel, so erfolgt die Stellung unter Controle nicht sofort, sondern erst nachdem 3 oder 4 Mal die Verwarnung sich als fruchtlos erwiesen hat. Im ganzen ist die Zahl der Minoren, welche wirklich unter Controle haben gestellt werden müssen, eine sehr geringe. Auch die Junahme der Prostitution in Berlin überhaupt ist weit geringer, als Herr Stöcker annimmt, sie beträgt noch nicht 4000 und hat in den letzten Jahren im Vergleich zur sonstigen Bevölkerungszunahme sich durchaus nicht so bedeutend gesteigert. Es war mir sehr wenig erfreulich, auf diese Dinge näher eingehen zu müssen, abgesehen davon, daß es sehr wenig erquicklich ist, über ein solches Gebiet zu sprechen, das für eine Versammlung, wo jeder zu den Tribünen Zutritt hat, sehr wenig zur Erörterung geeignet ist. (Gehr richtig!) Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn Herr Stöcker den Weg betreten hätte, den auch ich eingeschlagen habe, sich bei dem Polizeipräsidium Auskunft zu holen.

Abg. Stöcker: Die letzten Auskuerungen des Ministers muß ich bedauern; wir sind hier nicht der Tribünen wegen versammelt, sondern zum Heile des Volkes. Was Gegenstand der Gesetzgebung und Polizei-Verwaltung ist, kann und muß hier besprochen werden. Es darf nicht alles in Dunkel gehüllt werden.

Abg. Langerhans (frei): Wenn es mit der Sache ernst ist, dann hätte Herr Stöcker von der Geschäftsordnung Gebrauch machen und die Deffentlichkeit ausschließen lassen sollen. Er hätte einen Antrag stellen sollen, den man commissarisch berathen kann. Mit allgemeinen Redensarten röhrt man nur Unrat auf, ohne einen Schritt vorwärts zu kommen. (Gehr richtig! links.) Es können viele Vorschriften und Einrichtungen verbessert werden; aber wenn man sich darüber klar ist, dann komme man mit einem Antrage, den man gründlich berathen kann.

Abg. Stöcker: Wenn die Freisinnigen aushören, immer zu reden, ohne Anträge zu stellen, dann will ich ebensfalls folgen. Ich habe keine allgemeinen Redensarten gemacht, sondern bestimmte Dinge vorgebracht, und hoffe, daß die Debatte ihre Wirkung haben wird. Im Theater darf die Unzucht auf die Bühne gebracht werden und hier sollen wir solche Dinge nicht zur Sprache bringen!

Abg. Langerhans: Ich halte es für außerordentlich krautig, daß solche Dinge hier öffentlich erörtert werden sind.

Abg. Stöcker: Diese Dinge sind im englischen und italienischen Parlament öffentlich verhandelt worden, und keine der Damen, welche uns heute mit ihrer Gegenwart beecken, hat es für nötig gehalten, sich zu entfernen. Ich halte das für richtig, denn es handelt sich für die Frauen, und zwar gerade für die hochgestellten und gebildeten, um das Wohl ihrer Schwestern. (Zustimmung rechts.)

Abg. Brüel (Welse) kommt auf die gestrigen Ausführungen über den Welfensonds zurück. Die Erklärung des Ministers, daß die Regierung nicht die Absicht habe, die Initiative zur Aufhebung der Beschlagnahme zur Zeit zu ergreifen, wolle er nur dahin verstehen, daß die Regierung darüber zur Zeit noch keinen Beschluss gefaßt habe. Nach dem Wortlaut des Gesetzes scheint es allerdings, als wenn ein Gesetz zur Aufhebung der Beschlagnahme notwendig sei. Wenn man aber namentlich die Verordnung von 1868, welche die Beschlagnahme versügt, genauer ansieht, so müsse man zu anderem Schlusse kommen. In dieser Verordnung werde festgestellt, daß König Georg in der Verfügung über sein Eigenthum in allen Fällen durch die preußische Behörde vertreten werde. König Georg sei gestorben, in Folge dessen sei die preußische Behörde nicht mehr berechtigt, frei und unbeschränkt über sein Vermögen zu verfügen. Diese Auffassung werde noch dadurch verstärkt, daß in dem Immediatbericht an den König von Preußen, durch welchen die Beschlagnahmeverordnung erwirkt wurde, ausgeführt wird, daß auf Grund der vorliegenden Thatsachen die Beschlagnahme durch gerichtliches Verfahren bewirkt werden könnte, aber es würde wohl den erhabenen Intentionen Sr. Majestät entsprechen, daß das Vermögen zurückgegeben wird, wenn die zur Zeit für die Beschlagnahme vorliegenden Gründe beseitigt sind. Mit dem Tode des Königs Georg habe jeder Grund für die Beschlagnahme aufgehört, denn die Strafe könne doch nur den Schuldigen treffen, nicht aber den unschuldigen Nachfolger. Es besteht überall das Gefühl, daß jetzt ein neues politisches Leben im Beginne ist; hoffentlich werde auch für diese Frage eine neue Ära anbrechen.

Minister Herrfurth: Das seine Gewebe der Deductionen des Abg. Brüel wird ohne weiteres durch das schwere Gewicht des groben, aber sehr klaren Gesetzes, wonach außer gegenüber dritten gutgläubigen Erwerbern und Cessionären die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz erfolgen kann, zerrissen. Wenn der Abg. Brüel deduciren wollte: die Verhältnisse sind andere geworden, die Regierung hat nunmehr die Pflicht, ein solches Gesetz einzubringen, so ließe sich darüber discutiren. Aber wenn er sagt, ein solches Gesetz sei nicht notwendig, so ist das ein schwerer juristischer Irrthum. Wir brauchen uns über die Sache kaum noch zu entscheiden, denn das Haus

hat 1875 bei Gelegenheit der Aufhebung des Vermögens des Kurfürsten von Hessen, wo genau dieselbe Rechtslage war, ein Gesetz für notwendig erachtet. Dieser Präcedenzfall entscheidet für die Regierung und das Haus.

In der sich anschließenden Debatte tritt der Abg. Windthorst für den Standpunkt des Abg. Brüel ein, während die (nat.-lib.) Abg. Tramm und Enneccerus mit dem Minister ein Gesetz zur Aufhebung der Beschlagnahme für notwendig halten.

Abg. v. Putthamer-Plauth (cons.) erklärt bezüglich einer Veröffentlichung des Hrn. Hans v. Reibnitz in der „Danziger Zeitung“, wonach er damals gesagt habe, daß der „Stauffenberg des Ostens“ die Schnapsflasche habe kreisen lassen und daß dadurch die Insleute im Kreise Rosenberg-Löbau verführt worden seien, für den Polen zu stimmen: Es ist ja selbstverständlich für jeden gebildeten Mann, daß ich diese Bemerkung nur sinnbildlich gemacht habe kann. Denn daß Hr. v. Reibnitz selbst mit der Schnapsflasche umhergezogen ist und überall eingeschänkt hat, das hat wohl kein Mensch erwarten können, daß das in meiner Bemerkung hat liegen sollen. Kurz will ich noch bemerken, daß die Gründe, weshalb ich nicht in anderer Weise gegen Herrn v. Reibnitz vorgegangen bin, sich dem öffentlichen Interesse entziehen. Ich erwähne folgende Thatsachen: Nach amtlichem Bericht des Chausseeaufsehers Aschmann über gab Hr. v. Reibnitz im Kreise Tilsit dem Steinschläger Friedrich Powileit aus Palompen eine leere Dreiquartiersflasche und 1 Mark mit der Bedingung, das Geld gemeinschaftlich zu vertrinken, was auch befolgt wurde. Der zweite Punkt betrifft den Kreis Rosenberg. Hr. v. Reibnitz erschien wenige Tage vor der Hauptwahl in dem Orte Rothwasser in Begleitung eines Gutsbesitzers. Er ließ in dem dortigen Gasthause die Bauern zusammenkommen, ponirte ihnen Bier, Schnaps und Cigarrn und forderte sie auf — nachdem sie reichlich zugesprochen hatten —, seinen Wahlauftruf zu unterschreiben. Die Bauern hätten dies zum Theil auch, glaubten aber mit diesem Geschäft das Gelege nicht abschließen zu dürfen, sondern tranken auf Kosten des Hrn. v. Reibnitz weiter. Diesem dauerte die Geschichte zu lange, weil er noch andere Wahlagitationen vorhatte. Er verließ ohne zu zahlen das Gastwirth und die Rechnung. Zeugen der Gastwirth und der Bauunternehmer Biesener. Ich beschränke mich auf diese Ausführungen und überlasse das Urteil dem Hause, ob ich v. Reibnitz verleumdet habe. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Richter: Nur ein paar Worte zur dieser Erklärung. Herr v. Putthamer hat am 11. März die Aeußerung gemacht, es sei unmöglich, daß in Riesenburg über tausend Insleute und kleine Leute verführt worden sind, für den Polen zu stimmen, und zwar durch die Schnapsflasche, die der „Stauffenberg des Ostens“ dort hat kreisen lassen. (Gehr richtig, rechts.) Also tausend Insleute und kleine Leute. (Burk: Es ist genau sol Heiterkeit.) Gie, Hr. Gerlich, sind doch nicht dabei gewesen. . . . Hr. v. Reibnitz wird voraussichtlich selbst hierauf antworten. Mir sind die Thatsachen, die er ansführt, nicht bekannt; aber wenn sie auch wahr wären, wäre immer noch nicht die Behauptung des Herrn v. Putthamer erwiesen. Die eine bezicht sich auf Tilsit. Davon war damals gar keine Rede. Selbst Herr v. Put-

thamer behauptet, daß Herr v. Reibnitz nur in einem Dorfe die Bauern eingeladen und traktirt habe. Wo bleiben da die tausend Insleute? Was heißt es, er habe das nur sinnbildlich gemeint? Das sind nur Widersprüche. Sie werden wahrscheinlich über diese Dinge noch mehr zu hören bekommen.

Abg. v. Putthamer-Plauth: Ich habe thatsächlich bewiesen, daß Herr v. Reibnitz mit dem Schnaps dort operirt hat, um seine Wahl durchzuführen.

Abg. Richter: Diese Art, den Kampf gegen einen Abwesenden, der sich nicht vertheidigen kann, zu führen, ist doch im Parlament noch nie dagewesen. Herr von Putthamer hat nur zwei Thatsachen angeführt, die für seine Behauptung durchaus nichts beweisen.

Nachdem noch der Abg. Lamprecht eine Verbesserung der Gehälter der Kreissecretäre wünscht hat, wird der Stat bewilligt.

Der Stat der landwirtschaftlichen Verwaltung und der Stat der Gestütswirten werden ohne erhebliche Debatte erledigt und darauf die weitere Verathung bis Freitag veragt.

Vermischte Nachrichten.

* [Die feindlichen Brüder.] In Mount-Benton (Kentucky) hat sich folgende sensationelle Geschichte zugetragen. Zwei Brüder, namens Snodgrah, die Söhne eines Decans der Methodistengemeinde, sohnen einen Zweikampf aus. So groß war die Erbitterung der Duellanten, daß nach Abschuern der Schüsse die Revolver frisch geladen wurden. Acht Schüsse wurden gewechselt. Einer der Brüder blieb tot auf dem Platze; der Überlebende Bruder gab seine leichten drei Schüsse trotz einer schweren Verwundung im Unterleib ab, die er beim fünften Augenschuß erhielt. Die Veranlassung zu diesem Duell war Eifersucht; beide Brüder liebten die Tochter eines Aneipwirths, namens Fischer; sie kokettirte mit beiden abwechselnd. Letzten Sonntag kam es zu Thätlichkeiten zwischen den beiden Liebhabern, in Folge deren ein Duell verabredet wurde. Beide Brüder schrieben an das Mädchen heiße Abschiedsbriebe, welche der Ueberlebende überbringen sollte. 50 Mädchen, Freundinnen der Tochter des Aneipwirths, gingen in Prozession hinter dem Sarge einher.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 17. April. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 180 bis 185. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175 bis 180, russ. loco ruhig 114—124. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübsti (unverzweigt) ruhig, loco 69.00. — Spiritus ruhig, per April—Mai 21 $\frac{1}{2}$ Br., per Mai—Juni 21 $\frac{1}{2}$ Br., per Juni—Juli 21 $\frac{1}{2}$ Br., per August—September 23 $\frac{1}{2}$ Br., per Dez. 23 $\frac{1}{2}$ Br., per November 23 $\frac{1}{2}$ Br., per December 23 $\frac{1}{2}$ Br. — Petroleum fest. Standard white loco 8.65 Br., per August—Dez. 7.00 Br., 8.95 Od. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 17. April. Zuckermarkt. Rübenrohrzucker 1 Product Basis 88 % Rendement, neue Urfance, f. a. B. Hamburg per April 12.27 $\frac{1}{2}$, per Mai 12.32 $\frac{1}{2}$, per Aug. 12.52 $\frac{1}{2}$, per Dez. 12.27 $\frac{1}{2}$ Fest.

Hamburg, 17. April. Raffee. Good average Santos per April 86 $\frac{1}{2}$, per Mai 88 $\frac{1}{2}$, per September 83 $\frac{1}{2}$, per Dez. 78 $\frac{1}{2}$ Unregelmäßig.

Havre, 17. April. Raffee Good average Santos per Mai 108.00, per September 103.00, per December 99.00. Ruhig.

Bremen, 17. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Gehr fest. Standard white loco 6.55 bei. u. Br.

